## Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration



Rede des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann,

anlässlich gemeinsamer Pressekonferenz mit Herrn Staatsminister Eisenreich zur "Bekämpfung von Straftaten gegen kommunale Amtsund Mandatsträger"

am 1. Juli 2020 in München, Justizpalast

Es gilt das gesprochene Wort!

#### Anrede!

## Einleitende Worte

Der schreckliche Mord am Kassler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke vor einem knappen Jahr wird aktuell vor dem OLG Frankfurt verhandelt. Diese abscheuliche Tat ist jedoch nur die "Spitze des Eisberges".

#### Lage

Straftaten gegen Amts-/Mandatsträger **%-Anteil** nach Phänomenbereich (KPMD-PMK)

#### PMK rechts:

2017: 46,4% 2018: 24,3% 2019: 25% 2020: 27,2% PMK links:

2017:13,4% 2018: 29% 2019: 9,9%

2020: 19, 6%

#### PKM nicht zuzuordnen

2017: 39,2% 2018: 42% 2019: 62,5% 2020:52 5%

Hasspostings gegen

Amts-/Mandatsträger

(KPMD-PMK):

2017: 34 2018: 16 2019: 9 So zeigen die Zahlen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK), dass Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger in Bayern stetig zunehmen: Verzeichneten wir im Jahr 2017 194 Fälle, waren es 2018 232 und im vergangenen Jahr bereits 272 Fälle. Im Jahr 2020 wurden bis zum 31.05.2020 bereits 158 Delikte registriert.

Für mich steht fest: Schon hetzerische Äußerungen und verbale Drohgebärden sind nicht bloß harmloses Gerede. Nein, solcher Hass hat Folgen. Nicht nur in der virtuellen Welt, sondern auch ganz real, wenn auf Worte dann Taten folgen.

Rechtliche Forderung

Unsere **Sicherheitsbehörden** brauchen daher dringend die notwendigen Befugnisse, um auch im Internet Straftaten und Hetze wirksam bekämpfen zu können. Ich fordere deshalb ausdrücklich erneut vom Bund und von Europa: Die derzeit faktisch ausgesetzte Regelung zur Vorratsdatenspeicherung muss schnellstmöglich wieder effektiv ausgestaltet werden! Der Zugriff auf Telekommunikationsverkehrsdaten, insbesondere auf IP-Adressen, ist unverzichtbar, um Täter aufzuspüren und Taten zu verhindern. Wir brauchen also schnellstmöglich praxisgerechte Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich.

Maßnahmenbündel Unsere Sicherheitsbehörden unternehmen im vertrauensvollen und professionellen Zusammenwirken mit der Justiz alles ihnen Mögliche, um Angriffe auf unsere kommunalen Amts- und Mandatsträger repressiv wie präventiv konsequent zu bekämpfen. Daneben brauchen diese aber auch eine konkrete Unterstützung, wie

sie mit solchen Angriffen auf sich oder ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgehen können.

Die Bayerische Polizei hat daher ein ganzes **Maßnahmenbündel** aufgelegt:

### 1. Repressive Maßnahmen

Repression

Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger werden als sog. Politisch Motivierte Kriminalität von den besonders geschulten Mitarbeitern des Polizeilichen Staatsschutzes bearbeitet. Experten der Kommissariate für Cybercrime unterstützen sie dabei, wenn es etwa um forensische Maßnahmen bei digitalen Spuren geht.

Löschung von Inhalten Zudem arbeitet die Bayerische Polizei gerade daran, dass nach einer Anzeigenerstattung auf Grundlage des NetzDG die Plattformbetreiber aufgefordert werden, entsprechende Inhalte zu löschen. Soweit das nicht fristgerecht geschieht, ist eine Meldung an das Bundesamt für Justiz

vorgesehen. Dieses entscheidet dann etwa über die Verhängung empfindlicher Buß-gelder.

Aktionstage gegen Hasspostings Des Weiteren beteiligt sich unsere Polizei auch an den bundesweiten Aktionstagen gegen Hasspostings. Unser LKA entwickelt darüber hinaus weitere Ansätze, um diese Aktionstage mit speziellen Landesangeboten etwa über Social-Media zu ergänzen.

## 2. Präventive Maßnahmen

Schutz

Bei tatsächlichen Anhaltspunkten für eine konkrete Gefährdung für unsere Amtsund Mandatsträger prüft die Bayerische Polizei in jedem Einzelfall sehr sorgfältig, welche unmittelbaren polizeilichen Personen- und Objektschutzmaßnahmen notwendig sind.

Als erster Ansprechpartner stehen den kommunalen Amts- und Mandatsträgern

dabei die für sie **zuständigen Polizeiins- pektionen** zur Verfügung.

#### Feindeslisten

37 Listen mit Stand 02.06.20 beim BLKA bekannt, <u>davon</u>:

PMK-rechts 16
PMK-links 11
PMK-nicht zuzuordnen 7
PMK-ausl. Ideologie 2
PMK-religiöse Ideologie 1

Wenn es um Fragen zu den sogenannten "Feindeslisten" geht, kann sich jeder Bürger mit Wohnsitz in Bayern persönlich an die Polizei wenden, um sich zu informieren, ob er gegebenenfalls selbst gelistet ist. Sollte das der Fall sein und sollten sich hieraus im Einzelfall Gefahren ergeben, leitet die Polizei selbstverständlich alle erforderlichen Maßnahmen ein.

# 3. <u>Beratungs- und Unterstützungsmaß-</u> nahmen

## Unterstützung

Die bei allen Polizeipräsidien angesiedelten "Beauftragten der Polizei für Kriminalitätsopfer" (BPfK) informieren die Betroffenen über den Ablauf des Ermittlungsund Strafverfahrens und vermitteln weiterführende Angebote, wie etwa auch eine psychologische Unterstützung.

Individuelle Beratung **Experten der Kriminalpolizei** bieten zudem **individuelle Beratungen** zu **verhaltensorientierten Maßnahmen** sowie **technische Schutzvorkehrungen** für Wohnung oder das Büro an.

Infoveranstaltungen Es besteht auch das Angebot entsprechender Informationsveranstaltungen- und -gespräche in den Kommunen und Behörden vor Ort. Eine solche Veranstaltung hat das LKA bereits im Februar im Landtag durchgeführt.

Infomaterial

Darüber hinaus hat die Bayerische Polizei auch themenspezifisches Informations-material neu aufgelegt. Beispielsweise einen Flyer "Hate Speech" und eine Broschüre "Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern". Neu ist auch eine Handlungsempfehlung meines Hauses für Verantwortliche von behördlichen Social-Media-Kanälen zum Umgang mit Hasspostings und strafbaren Inhalten.

Appell

Unsere **Sicherheitsbehörden** tun alles in ihrer Macht stehende, um die Sicherheit unserer kommunalen Amts- und Mandatsträger so umfassend wie möglich zu **gewährleisten**.

Die Maßnahmenkonzepte werden fortwährend weiterentwickelt und abgestimmt.

Das alleine wird aber nicht ausreichen:
Denn sich Hate Speech entgegen zu stellen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Als Demokraten dürfen wir den Hass und die Gewalt, die unsere Gesellschaft spalten will, nicht einfach so hinnehmen.
Denn diese richtet sich letztlich nicht nur gegen einzelne Personen oder Gruppen, sondern vielmehr gegen unser freiheitlichdemokratisches Gesellschaftssystem und damit gegen uns alle. Wehret den Anfängen muss hier die Devise sein!

Darum ist mir die Bekämpfung von Politisch Motivierten Straftaten gegen Amts-

und Mandatsträger nicht nur als Innenminister, sondern auch persönlich eine
wichtige Angelegenheit. Unser Rechtsstaat muss sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mittel vehement gegen
derartige Straftaten wehren.

Wichtig das Zusammenspiel von Polizei und Justiz für eine konsequente Verfolgung derartiger Straftaten ist. Und es erfüllt mich insoweit mit Stolz und Freude, dass dies in Bayern bestens funktioniert und gelebte Praxis ist. An dieser Stelle deshalb allen Beteiligten für die geleistete Arbeit ein herzliches Dankeschön!

Mein **Appell** ist: Wir alle müssen gegen solche Umtriebe **mit einem starken Gegenstatement** aufstehen und – ganz wichtig - **Straftaten** auch konsequent anzeigen!